

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Stilllegung der Deutschen Kraftfahrzeugwerke

Einen tiefen Schnitt in das Wirtschaftsleben Deutschlands bedeutet die geplante Stilllegung der Deutschen Kraftfahrzeugwerke. In mehr oder minder sachlicher Form nimmt die unabhängige Presse dazu Stellung. Hier soll versucht werden, den Gründen für die zu ersehenden Maßnahmen nachzugehen und deren Auswirkungen festzustellen. Wir wollen dabei die unerhörten Treibereien der Privatindustrie gegen dieses staatliche Werk — die, irren wir nicht, die Belange des Staates zu wahren haben — nur mehr beiläufig behandeln und heute von der sehr wohl angebrachten Kritik absehen.

Zunächst sei kurz die Entwicklung der DAW gezeichnet: Die Werke sind hervorgegangen aus den früheren „Königlichen Fabriken“ (Gewehr- und Munitionsfabrik Spandau), die sich auf Grund des Versailleser Vertrages auf Friedensproduktion umstellen mußten. Es würde zu weit führen, in diesem Rahmen auf alle Versuche und Schwierigkeiten der Umstellung einzugehen. Es wurde im Jahre 1922 das D-Kab in seiner damaligen Form als Fabrikationszweig übernommen. Dieses Modell (Zweizylinder) war für den damaligen Stand der Dinge als brauchbar zu bezeichnen. Trotzdem brachten Ende 1924 die DAW ein neues Modell (auf R 0/4 Einzylinder 500 ccm) heraus, das auf Grund seiner guten Konstruktion und der hohen Leistungsfähigkeit, vor allem aber des billigen Preises wegen in Fachkreisen die größte Aufmerksamkeit erregte. Gleichzeitig hatte man auch die Konstruktion des kleinen D-Wagens beendet, der seiner Billigkeit wegen in der Berliner Automobilausstellung das größte Aufsehen erregte. Es muß festgestellt werden, daß von dieser Stunde an der Kampf der Privatindustrie gegen die DAW, vornehmlich der Autoindustrie, gegen die DAW weit schärfere Formen annahm, als bis dahin üblich. Der Reichsverband der Automobilindustrie verlangte damals Einsicht in die Stück- und Kalkulationslisten, weil die Möglichkeit der billigen Herstellung des Wagens bezweifelt wurde. Diese Forderung wurde nicht gewährt worden. Selbstverständlich war der billige Preis des Autos nur zu halten durch eine Serienherstellung in größerem Ausmaß unter Anwendung der neuesten Arbeitsverfahren genau wie beim Kab. Aber schon im Herbst des Vorjahres kam der Beschluß, die Serienfabrikation nicht einzurichten, sondern nur die bestellten Teile aufzuarbeiten. Der Endpunkt für diese Aufarbeiten ist der 30. Juni d. J. Die dabei beschäftigten Leute werden entlassen. Wir können dies als einen „Steg“ der deutschen privaten Automobilindustrie bezeichnen, die immer mehr dem Ansturm des ausländischen Wettbewerbs unterliegt.

Massenerzeugung in technisch vollkommener Art war die Ursache des billigen Preises des D-Kabes. Dieser lag 20 bis 50 % unter den Preisen der als gleichwertig zu betrachtenden deutschen Maschinen und konnte auch dem ausländischen (englischen oder amerikanischen) Wettbewerb standhalten, allerdings durch Zoll gestützt. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß nach Überwindung der üblichen Kinderkrankheiten die technischen Einrichtungen der DAW für die Motorradaufbauart an der Spitze der verwandten deutschen Industrie standen. Es muß beigestellt werden, daß vor allem die Arbeiterklasse durch Übernahme ganz neuer Berechnungsweisen (Gruppenakkordsystem oder Saalakkord mit Schlüsselberechnungszahlen) beträchtlich zur Verbilligung des Kades beigetragen hat. Von Einfluß für die Übernahme dieser nicht gerade für alle Arbeitsgruppen angenehmen Berechnungsart war die Meinung der Arbeiterklasse, hier ein Wert zu haben, was der Allgemeinwirtschaft gehört und das durch aus lebensfähig ist. In dieser Hoffnung ist die Arbeiter- und Angestelltenklasse betrogen worden, und von den im vorigen Sommer beschäftigten 5000 Arbeitern wird der Rest bis 15. Juli entlassen.

Es sollen jetzt die Gründe angegeben werden, die der Arbeitgeber und die verantwortlichen Stellen für die Stilllegung vorführen. Dazu ein kurzer Rückblick. Das Zweizylindermodell ist bis Anfang des Vorjahres gefertigt und auch abgesetzt worden. Innerhalb des Auslaufs der Fabrikation dieses Modells begann die Serienfertigung des R 0/4 (neues Modell). Die Nachfrage nach diesem war derartig hoch, daß im Frühherbst 1925 auch stark gesteigerte Erzeugung den Bedarf zeitweise nicht decken konnte. Die volle Produktion wurde bis Oktober durchgeführt, das heißt bis 2500 Maschinen im Monat, dann setzte eine Verminderung der Monatsmenge auf etwa 1500 ein. Die im September einsetzende Wirtschaftskrise machte sich natürlich auch hier beim Absatz bemerkbar, eine Tatsache, die ein starkes Anwachsen des Lagerbestandes zur Folge hatte. Die Direktion glaubte sich nun veranlaßt zu sehen, das Werk von Ende Dezember bis Ende März d. J. zu schließen. Bei Wiedereröffnung wurden an die 400 Arbeiter entlassen. Auch die verminderte Fertigung brachte durch die verstärkte Abschaffung keine Senkung des Lagerbestandes, und dieser Umstand veranlaßte die Arbeitgeber (Siag), den Betrieb stillzulegen.

Es wird nun von den verantwortlichen Stellen mit Nachdruck gesagt, daß man nicht daran denkt, die Fabrikation für immer eingehen zu lassen, sondern bei einsetzendem besserem Wirtschaftszug und der damit verbundenen Verminderung des Lagers sofort weiter zu erzeugen. Mit diesen Erklärungen soll wohl nur versucht werden, den sehr berechtigten Unmut über die Abwägung des der staatlichen Allgemeinheit gehörenden und lebensfähigen Wertes zu dämpfen. Wie dem auch sei, wir halten es für geboten, darauf aufmerksam zu machen, daß die Ein-

richtungen, die mindestens mit 1 1/2 Millionen Mark geschätzt werden müssen und die noch nicht ein volles Jahr im Betrieb sind, wertlos gemacht werden. Und es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß hier ein Werk zerstört wird, das als erstes imstande ist, dem ausländischen Wettbewerb erfolgreich zu begegnen und zahlreichen deutschen Arbeitern sichere Beschäftigung zu geben. Es darf nicht vergessen werden, daß man den 20000 D-Kab-Kunden gegenüber die Verpflichtung übernommen hat, sie mit billigen Ersatzteilen zu beliefern. Um ein solches Werk zu schaffen und lebensfähig zu halten, hat es seine Arbeiter nicht an Opfern fehlen lassen. Der Lohn dafür ist die — Stilllegung.

Während des Krieges und der Inflation hat die deutsche Industrie sich räumlich stark ausgedehnt, ohne an den inneren Ausbau zu denken. In spärlichem Ausmaß wurden technische Verbesserungen eingeführt oder Maßnahmen zur Verringerung der Unkosten vorgenommen. Bei Beendigung der Inflation und dem Eintritt in den Weltwettbewerb vollzog sich naturgemäß eine erhebliche Stodung. Wenn nun, wie mehrerorts beschränkend erklärt wird, die Fabrikation bei besserem Wirtschaftsstand wieder aufgenommen wird, dann muß erwartet werden, daß in der Zwischenzeit die Verbesserung des Produktionsapparates wie des Erzeugnisses unbedingt und tatkräftig weiter betrieben wird.

Zum Schluß eine Frage an die Führer der deutschen Industrie und vornehmlich an die Regierung, die der alleinige Besitzer der DAW ist: Glaubt man durch Stilllegung von Betrieben und der damit verbundenen Mehrung der Erwerbslosen die Wirtschaftskrise zu beheben? Ist es sittlich einwandfrei, daß man die Kosten und Schäden einer Krise auf die Arbeiterklasse umlegt, um nichts von Gewinnen und stillen Reserven zu opfern? Und nun noch eine Frage an die Regierung oder deren verantwortliche Stelle: Welche Gründe sind vorhanden, daß man durch Schließung eines so lebensfähigen Wertes wie die DAW der Privatindustrie ein vererbliches Beispiel gibt? Macht man damit der süddeutschen Motorradaufbauindustrie Konzessionen, die vor nicht allzu langer Zeit sich an die bayerische Handelskammer gewandt hat, um den Bestand der DAW zu unterbinden?

Preissteigerung durch Zölle

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Das Fürstentumsabfindungsgezet vermochte er nicht zu beenden. Die endgültige Regelung dieser Frage ist auf den Herbst verschoben worden. Dann wird der Schacher weitergehen. Wenn der Reichstag auch in der Fürstentumsfrage nichts zustande brachte und diese Drohnen im Besitz ihrer fetten Pfünden ließ, so glaubte er aber doch, vor den Ferien wenigstens etwas zu tun, was die Erinnerung an seine Existenz wachhält. Und so verteuerte er dem Volke die wichtigsten Lebensmittel.

Die Regierung Luther hatte im Sommer 1925 ein Zollgesetz durchgebracht, dessen autonome Sätze sehr hoch waren. Es sollten Verhandlungszölle sein, mit der Voraussetzung, bei Handelsverträgen durch Eintausch anderer Vorteile eine Verabschwächung vorzunehmen. Bis zum 1. August 1926 gelten ermäßigte Zölle in der Hauptsache für wichtige Lebensmittel. Durch den Abschluß des Handelsvertrages mit Schweden bestand die Gefahr, daß die dort festgelegten Sätze bereits am 1. August in voller Höhe in Kraft traten. Die Gewerkschaften hatten daraufhin verlangt, daß die bisherigen ermäßigten Zölle mindestens noch vier Monate in Kraft bleiben sollten. Der Reichstag hat sich dem Wunsche der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nicht angeschlossen, sondern hat andere Übergangszölle bis zum 31. Dezember d. J. in Geltung gesetzt. Um die wichtigsten Produkte zu nennen, so erhöhen sich die Zölle folgendermaßen:

	bisheriger Satz	ab 1. August	laut Vertrag mit Schweden
Roggen	3,- M	5,- M	6,- M
Weizen	3,50	5,-	6,50
Futtergerste	1,-	2,-	5,-
Mais	2,20	3,20	5,-
Schweinefleisch	21,-	21,-	32,-
Schweinespeck	14,-	14,-	20,-
Schmalz	6,-	6,-	10,-

Ab 1. Januar 1927 werden den Ländern gegenüber, die mit Deutschland in einem Meistbegünstigungsverhältnis stehen, die in deutsch-schwedischen Vertrag festgelegten Sätze gelten. Gegenüber den Ländern, mit denen Deutschland in keinem Meistbegünstigungsverhältnis steht, werden die Sätze des autonomen Zolltarifs gelten, die bekanntlich noch über die des Schwedenvertrages hinausgehen. Es steht also zu erwarten, daß ab 1. August eine weitere Erhöhung der wichtigsten Lebensmittel stattfindet. Besonders steht ob der Verdopplung der Futtergerste und der Erhöhung der anderen Futtermittel zu erwarten, daß die Fleischpreise noch mehr verteuert werden. Was die Zollerhöhung für die Futtermittel für die konsumierende Bevölkerung bedeutet, geht klar aus einer Eingabe der Handelskammer Hamburg hervor, worin es u. a. heißt:

„Bei Wegfall eines ermäßigten Zolles für Futtergerste würde die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Futtermitteln in Frage gestellt werden. Der ganze Nordwesten Deutschlands hat ein großes Interesse daran, seine blühende Viehzucht nicht durch teure Eingangszölle auf Gerste untergraben zu sehen. Der Viehbestand muß unbedingt wieder auf die Vorkriegshöhe gebracht werden. Während Deutschland in der Vorkriegszeit einen Schweinebestand von 25 Millionen hatte, ergab die letzte Zählung nur 10 Millionen. Auch der allgemeinen Wirtschaft dürfte weit mehr gedient sein, wenn die Viehmast durch Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel unterstützt wird, als wenn einzelnen großgrundbesitzigen Kreisen des deutschen

Ostern Gelegenheit geboten wird, ihre Überproduktion an Korn und Kartoffeln unter Verteuerung der Fleischpreise zur Mast zu verwenden und dadurch das jetzt blühende Gewerbe des Nordwestens an sich zu ziehen. . . Die Handelskammer Hamburg hat nicht den mindesten Zweifel, daß der Mangel an Futtergerste, der unweigerlich bei einem erhöhten Zollsatz eintreten wird, unmittelbar zu einer ganz wesentlichen Steigerung der Kartoffelpreise und damit zur Verteuerung eines Hauptnahrungsmittels führt, die insbesondere die unbemittelten Bevölkerungsschichten besonders stark belasten wird. Die Steigerung der Kartoffelpreise wird aber wiederum eine erhebliche Erhöhung der Fleischpreise nach sich ziehen und damit den Anstoß zu einer neuen allgemeinen Verteuerungswelle geben.“

Verteuerung des Brotes, der Kartoffeln und des Fleisches, das steht ab 1. August in Aussicht. Eine wunderbare Zukunft für das arbeitende Volk, das zu vier Zehntel von Arbeitslosenunterstützung lebt oder sich mit dem niedrigen Lohn eines Kurzarbeiters zufrieden geben muß. Bemerkenswert soll nach werden, daß die christlichen Gewerkschafter, die Reichstagsabgeordnete sind, den höheren Zollsätzen ab 1. August zustimmen, obwohl sie vorher mit den freien Gewerkschaften gemeinsam für die weitere Beibehaltung der ermäßigten Zollsätze eingetreten waren. Keine Arbeitervertreter!

Der Reichstag aber ging in die Ferien. Die Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beachtete er nicht, sondern er erhöhte die Lebensmittelpreise und verschlechterte somit die Lebenslage der breiten Massen. Das Volk der Arbeit hat sich leider mit dieser Tatsache abzufinden. Es sei denn, es gelänge den Gewerkschaften, durch Lohnerbhöhungen oder andere Mittel einen Ausgleich zu schaffen. Ob die Gewerkschaften dazu in der Lage sind, das zu prüfen, überlassen wir jedem Gewerkschafter, indem er in seinem Betriebe Umchau hält.

Freisetzung von Arbeitskräften

Die Folgen der Rationalisierung

Der wirtschaftliche Tiefstand ist — so heißt es in der jüngsten Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung — die „schwarze Schicksalsstunde des Arbeiters“. Das heißt, die Wirtschaftskrise ist vom Gesichtspunkt der Unternehmer bereits überwunden, der Ertrag der Unternehmungen ist wieder gestiegen. Dividenden können in Aussicht gestellt werden, die Aktienkurse dieser Unternehmungen sind im Steigen begriffen. Auf dem Arbeitsmarkt hingegen sieht man keine Spur einer Besserung; dort herrscht weiter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Treffend wird diese Lage gezeichnet durch die Ankündigung des neuen Montantrusts „Vereinigtes Stahlwerk“ über die heutige „gebefferte Wirtschaftslage“, die für das nächste Geschäftsjahr eine angemessene Dividende erhoffen läßt. Im selben Tage gibt das Landesarbeitsamt in der Rheinprovinz seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Tiefstand auf dem Arbeitsmarkt noch bei weitem nicht erreicht ist, weil infolge der Konzentration der Produktion in wenige Arbeitsstätten mit weiteren Stilllegungen von Betrieben zu rechnen sei. In dieser Tatsache ist die Folge der Rationalisierung der Produktion ersichtlich.

Zum gleichen Ergebnis, der Steigerung der Arbeitslosigkeit, führt die fortschreitende Einföhrung von arbeitssparenden Maschinen. Man kann mit Recht von einer neuen industriellen Revolution im technischen Sinne reden, ähnlich der in den Frühzeiten des Kapitalismus, als die Maschine zum erstenmal in die Produktion eingeführt wurde. Man muß sich nun fragen, weshalb die technische Entwicklung in den letzten Jahren einen solchen Aufschwung genommen hat? Es kann kein reiner Zufall sein, daß der Erfindungsdrang der Techniker sich gerade in letzter Zeit derart angepannt auf den Ausbau neuer arbeitssparender Maschinen gerichtet hat. Vor allem wirkte der Krieg und die Notwendigkeiten der Kriegführung sowie der Mangel an Arbeitskräften infolge der Einziehung von Arbeitern zur Armee in dieser Richtung. Daneben waren aber in den einzelnen Ländern noch besondere Ursachen für diese Entwicklung verantwortlich, welche durch die weltwirtschaftlichen Fernwirkungen auch für andere Länder verhängnisvoll geworden sind. Vier solcher Ursachen sollen hier angeführt werden: 1. Die Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten, wodurch dort unter Verdrängung der durch den neuen Reichtum des Landes ermöglichten Erweiterung der Produktion ein Arbeitermangel entstanden ist. In dieser Lage richtete sich das Augenmerk aller Techniker darauf, durch Umgestaltung der Industrieorganisation und Erfindung arbeitssparender Maschinen Arbeitskräfte entbehrlieh werden zu lassen. 2. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich war ebenfalls ein Antrieb, in diesem Lande, wo infolge des Stillstands der Bevölkerung auch Arbeitermangel besteht, die Einföhrung arbeitssparender Maschinen zu fördern. Die anstelle der zerstörten erbauten neuen Betriebe wurden auf der höchsten Stufe der Technik eingerichtet, es wurden die neuesten Modelle arbeitssparender Maschinen eingeföhrt. 3. Die relativ hohe Lohnlage im Vergleich zu den Löhnen anderer Länder war ebenfalls in einigen Ländern, wie zum Beispiel in Schweden, ein Antrieb zur Erfindung und Einföhrung von arbeitssparenden Maschinen; dieser Gesichtspunkt spielte auch bei der Entwicklung in den Vereinigten Staaten mit. So war für die Technik ein allgemeiner Antrieb zu neuen Erfindungen vorhanden. Infolge der Verflochtenheit der einzelnen Volkswirtschaften mit der gesamten Weltwirtschaft ist nun diese Rationalisierung der Produktion für alle Industrieländer zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, wenn ein Land im internationalen Konkurrenzkampf nicht endgültig zurückbleiben wollte. In der kapitalistischen Wirtschafts-

Wie die Arbeiterfeinde rüsten

So lautet die Überschrift eines Aufsatzes in Nr. 22 der DWA, der sich mit dem Deutschen Institut für technische Arbeiterschulung (Dintia) beschäftigt.

Für das Dintia handelt es sich aber nicht nur um die technische Auslese. Die an dem jungen Menschen vor Eintritt in die Lehre vorzunehmende Eignungsprüfung soll in ihm das Bewusstsein wecken, daß er persönlich auszuweisen und mit besonderem Vertrauen gewürdigt ist.

Es gilt aber nicht nur, den Lehrling „zu formen und zu pressen“, auch diejenigen, die der Lehrverträge entgegen sind, sollen einer dauernden Beeinflussung unterworfen sein.

Um den jungen Mann vor dieser „Verzerrung“, wie der Ruge Herr es nennt, zu retten, sollen Gilden gebildet werden nach dem Vorbild der mittelalterlichen Gilden und dem Vorbild der Freimaurerorganisationen.

Auf diese Art hofft Herr Grosse den verloren gegangenen Zusammenhang mit den Arbeitern wiederzufinden. Bei jedem großen Werk soll daher eine oder vielleicht auch mehrere solcher Gilden gegründet werden.

Das Dintia soll dem Ingenieur die für das Gildenleben erforderlichen erzieherischen Fähigkeiten vermitteln, weil die technische Hochschule im Grunde dieses Ingenieurberufes nichts geben kann.

Soweit der Herr Professor. Wenn wir die letzten Sätze richtig lesen, dann will er unsere gesamten Wirtschaftsjahreserziehung und -ausbildung geben. Damit würde er tatsächlich eine „langst empfundene Lücke“ ausfüllen.

Die Pforzheimer Schmiedindustrie

In Deutschland fand am 16. Juni 1926 eine Betriebs- und Betriebsratwahl statt, deren Ergebnisse mit großer Spannung erwartet wurden.

Für uns als Gewerkschaft sind vor allem die gewerblichen Betriebe interessant. Diese wurden 2687 gezählt, die sich auf 1248 Betriebe verteilen.

in der Industrie beschäftigt. Hierin ist mit einer der Hauptursachen der stark verbreiteten Lungenerkrankungen unter den Goldarbeitern zu sehen, die nach der amtlichen Statistik in Baden an der Spitze stehen und sogar die Labalarbeiter übersteifen.

Die Mehrzahl der gewerblichen Arbeiter, nämlich 56 vH, sind in solchen Betrieben tätig, die bis zu 100 Arbeiter beschäftigen. Diese Betriebsgrößenklasse umfaßt 95,8 vH aller Betriebe.

Die Statistik hat ferner bewiesen, daß je kleiner der Betrieb, desto größer das Unkostenkonto wird. In Betrieben bis zu fünf Arbeitern überwiegt die Zahl der Angestellten: es kommen nämlich hier 1,6 Angestellte auf einen Arbeiter.

Die Zahl der Betriebe wie auch der Arbeiter, die am 16. Juni v. J. ermittelt wurde, stimmt heute nicht mehr, weshalb wäre es gut, wenn das landesstatistische Amt wieder wie in früheren Jahren alljährlich im September eine Zählung vornähme.

Wenn allerdings die Kurzfristigkeit der Pforzheimer maßgebenden Industriellen eine Wendung zum Besseren nicht nimmt und sie zuläßt, daß die Arbeiter infolge der schlechten Verdienste immer mehr ins Ausland wandern und dort ihre angeeigneten Kenntnisse für besseres Geld und bessere Lebensmöglichkeiten verkaufen müssen, dann kann der Zeitpunkt kommen, wo die Schwarzarbeiter Recht bekommen werden. hn.

Die Reichsbahn muß Schiedsprüche befolgen

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hatte die Befolgung eines vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärten Schiedspruches abgelehnt mit der Begründung, daß das Reichsbahngesetz der Gesellschaft eine Sonderrechtsstellung innerhalb der deutschen Gesetzgebung einräumt und daß die Eisenbahnverwaltung ermächtigt sei, die Beschäftigungsbedingungen selbstständig zu regeln und sich schiedsgerichtlichen Abmachungen nicht zu unterwerfen.

Die Reichsbahngesellschaft hat die Herbeiführung einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsbahngerichtes, das in dem Reichsbahngesetz für den Fall vorgesehen ist, daß über die Auslegung des Reichsbahngesetzes Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsbahngesellschaft und Reichsregierung entstehen. Kurzerhand hat das Reichsbahngericht zu dem Streitfall Stellung genommen und folgendes Urteil gefällt:

Auf Grund dieses Urteils begannen am 11. Juni Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften und der Reichsbahnverwaltung über die Durchfuhrung des Schiedspruches und die Anzahlung der dem Personal zuzurechnenden Beträge, was mit einer Fülle von Berechnungen verbunden ist. Der Schiedspruch selbst lautet:

Mit Wirkung vom 1. Januar ab erhalten die Reichsbahnarbeiter vom 24. Lebensjahr ab eine Lohnerhöhung, und zwar erhalten die Lohngruppen I bis V 1,2, die Lohngruppen VI und VII 2,2 vH pro Stunde. Diese Löhne gelten bis zum 30. April 1926. Die bisher in Kraftstehenden gewählten sozialer Zulagen fallen ab 1. Januar fort.

Die Eisenbahnergewerkschaften hatten gegen die Reichsbahngesellschaft wegen Nichterhaltung des verbindlich erklärten Schiedspruches Proteste angemeldet, waren aber bei der ersten Sitzung abgewiesen worden. Gegen dieses Urteil wurde dann von den Gewerkschaften Berufung eingelegt, die nun durch das Urteil des Reichsbahngerichtes hinfällig wird.

Strafe für Nichtgenüffertsein

Vor dem Gewerbegericht in E. spielte sich folgender Vorfall ab: Ein Handwerkermeister hatte einen größeren Auftrag von der Schutzpolizei übernommen. Er nahm zur Erledigung dieser Arbeit einen Gehilfen an. Letzterer mußte sich schriftlich verpflichten, die Stunde für 20 A zu arbeiten, abgesehen der Tariflohn auf 106 A festgesetzt war.

Der Auftraggeber verlangte die Erfüllung der Verpflichtung, der Meister aber verlangte auf Zahlung des fehlenden Betrages, der bereits die Höhe von 20 A ausmache. Nach Eintritt in die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht fragte der Vorsitzende des Gerichtes den Handwerkermeister, ob er einer Forderung zustimmte. Dieses wurde bejaht.

Der Auftraggeber verlangte die Erfüllung der Verpflichtung, der Meister aber verlangte auf Zahlung des fehlenden Betrages, der bereits die Höhe von 20 A ausmache. Nach Eintritt in die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht fragte der Vorsitzende des Gerichtes den Handwerkermeister, ob er einer Forderung zustimmte. Dieses wurde bejaht.

Der Auftraggeber verlangte die Erfüllung der Verpflichtung, der Meister aber verlangte auf Zahlung des fehlenden Betrages, der bereits die Höhe von 20 A ausmache. Nach Eintritt in die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht fragte der Vorsitzende des Gerichtes den Handwerkermeister, ob er einer Forderung zustimmte. Dieses wurde bejaht.

unseres nationalen Reichtums dem deutschen Volke zu erhalten. solches Bestreben aber in den genannten Kreisen nicht vorhanden ist allgemein bekannt.

Table with 3 columns: Category, Quantity, Price/Value. Includes items like 1008 Schloßern, 106 Feinmechanikern, 176 Elektriker, etc.

Eine lange Erwerbslosigkeit dürfte für die Jugendlichen sonderbare Gefahren in sich bergen. Deshalb ist diese Zusammenstellung ein Warnungssignal, daß man hier für Abhilfe baldmöglichst sorgen sollte.

Die Beschäftigung der sozialen Baubetriebe. Nach der Zeitlich Sozialen Bauwirtschaft beschäftigten die sozialen Baubetriebe im April 1926 14.865 Arbeiter und Angestellte.

Schriftenschau

Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterklasse. 24 Seiten. Einzelnummer 20 A. Jahresabonnement 240 M.

Die Gesellschaft, von Dr. Rudolf Hilferding herausgegebene internationale Revue für Sozialismus und Politik, sollte noch viel mehr als bisher allen Quellen sozialistischer und politischer Wissenschaft sein.

Bericht der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ostpreussensches Berlin des DGB für das Jahr 1925. Preis 60 A. Freigewerkschaftliche Jugendzentrale, Sekretariat Berlin SO 64, Brunnenufer 24/25.

Technische Fachbücher. Herausgegeben von Dipl.-Ing. E. Mey Band 4. Die Grundlagen der elektrischen Energieerzeugung. 80 Dipl.-Ing. Konrad Krom. Mit 36 Abbildungen im Text und 120 Aufgaben. Preis 2,25 M.

Stellung des Gewichts von Metallwaren aller Art nach Bestimmungen und nach sonstigen Verfahren ohne Waage. 6 Erläuterungstafeln mit 122 Abbildungen. Hand- und Hilfsbuch für alle fortschrittlich berufstätigen in der gesamten Metallindustrie, sowie zur Unterstützung des gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulunterrichts.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag dem 18. Juli ist der 30. Wochenbetrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 1926 fällig.

Für den Bezirk Stuttgart wird zum sofortigen Antritt ein Bezirkssekretär

gesucht, der mit den Einrichtungen unseres Verbandes vollständig vertraut ist und einen mindestens fünfjährigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann.

Die Erhebung von Extrabeträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 3 columns: Verwaltung, Höhe des Betrages, Beginn der Erhebung. Includes entries for Ulm, Wehring, etc.

Die Nichtzahlung dieser Extrabeträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Reisende Mitglieder können nur in dem im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsbereichen Reisegeld erheben. Das Aufheben der Beschränkungen durch die Reisenden hat zu unterbleiben. Stuttgart, Röhrenstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzubalten!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Reuß (Schiffbau) Düsseldorf-Reuß, G. m. b. H. D.; nach Katisch; nach Retschke in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Coswig bei Reußen (Aluminiumwerk Ambos) D.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrenstraße 16